

Nikosia, 25. Januar 1993

Vertraulich

PB Nr. 1 ST.

Zypern am Jahresende 1992

Noch nie war die Suche nach einer Lösung im **Zypernkonflikt** so rege wie im vergangenen Jahr. Der neue UNO-Generalsekretär hat den UNO-Sicherheitsrat und die fünf permanenten Mitglieder aktiv in den Verhandlungsprozess einbezogen. Nach vielen langwierigen Vorbereitungsmissionen seitens der UNO und der USA kam es zu drei direkten Verhandlungsrunden zwischen Vassiliou und Denktasch unter dem Vorsitz von UNO-GS Boutros-Ghali in New York, und zwar im Juni, Juli und Oktober 1992. Die Bilanz der Gespräche ist ernüchternd: kein Fortschritt. Das Positivste scheint die schriftliche Festhaltung der Standpunkte beider Parteien in Bezug auf den in UNO-Resolution 750 formulierten "Set of Ideas" des UNO-Generalsekretärs zu sein.

Vassiliou akzeptiert die "Ghali-Ideen" mit Vorbehalt, Denktaschs Position liegt teilweise weit ausserhalb dieses Rahmens. Denktasch macht geltend, die vorgeschlagenen territorialen Konzessionen würden 40000 Türkischzyprioten entwurzeln, ohne Hoffnung auf eine gleichwertige Wohnstätte. Jede Diskussion von Einzelfragen, wie die Rückkehr der Flüchtlinge oder die Rückgabe des griechischzypriotischen Eigentums im Norden, ist überschattet von Denktaschs Bestreben, mit allen Mitteln zu vermeiden, dass er und die Türkischzyprioten in die Rolle einer Minderheit gedrängt werden und dabei ihr Recht auf Partnerschaft, das ihnen schon in der Verfassung von 1960 zugestanden wurde, verlieren. Er spricht deshalb wie eh und je viel von der Souveränität der Türkischen Republik Nordzypern und tendiert auf eine Anerkennung. Alsdann könnten die beiden Gliedstaaten als gleichberechtigte Partner eine Föderation (oder noch besser, eine Konföderation) bilden. Die Resolution 789 wird von Denktasch in Bausch und Bogen abgelehnt.

Vassiliou sieht sich innenpolitisch grosser Kritik ausgesetzt. Als klar wurde, dass es ernst gelten könnte, begann sich die Opposition ernsthaft zu regen. Der Erzbischof und die beiden "Verweigerungs"-Parteien DIKO und EDEK bezichtigten Präsident Vassiliou des Verrats am Hellenismus. Selbst Clerides, Präsident der Rechtspartei DISY, der die Verhandlungsstrategie Vassiliou's immer positiv beurteilt und als richtig bezeichnet hatte, änderte seinen Standpunkt, nachdem er seine Kandidatur für die kommende Präsidentenwahl erklärt hatte. Heute kritisiert auch er Vassiliou scharf und plädiert für eine Revision der negativen Punkte der "Ghali-Ideen".



- 2 -

Die nächste Verhandlungsrunde in New York ist für März 1993 vorgesehen. Noch hat sich Denktasch nicht festgelegt, ob er teilnehmen wird. Seitens der Türkei ist nicht die leiseste Kompromissbereitschaft festzustellen. Ankara ist nicht bereit, die in der Resolution 789 verlangten vertrauensbildenden Massnahmen in Betracht zu ziehen, bevor eine Einigung über grundsätzliche Aspekte erzielt worden ist. Die Aussichten auf einen baldigen Erfolg - wer auch immer die Präsidentenwahl gewinnen wird - sind deshalb äusserst gering.

In der Mazedonienfrage steht Zypern eindeutig hinter Griechenland. Die Vorgänge in **Jugoslawien** werden hien wie drüben aufmerksam verfolgt. Auf eine griechischzypriotische Anschuldigung, die Türken hätten 1974 ethnische "cleansing" durchgeführt, erwiderte Denktasch, die ethnische Säuberung sei durch die griechischzypriotischen Terrorakte 1963 eingeleitet worden. Dank der türkischen "Friedenstruppen" habe es seit 1974 keine Toten mehr gegeben. Eine gegenseitige Annäherung müsse deshalb politisch und militärisch sehr gut abgesichert sein, damit es nicht zu "jugoslawischen Verhältnissen" auf Zypern komme.

Das dänische Kontingent der **UNFICYP** hat Zypern am Jahresende verlassen. Die Kanadier haben den Abzug ihrer Leute auf Ende September 1993 in Aussicht gestellt. Die Briten wollen ihre finanziellen UNFICYP Aufwendungen reduzieren. Die Oesterreicher zögern noch. Insgesamt hat sich der Mannschaftsbestand bereits um rund 30 % auf 1500 reduziert. Eine Restrukturierung und Ueberprüfung der Aufgaben der UNFICYP wird sich aufdrängen.

In der **Präsidentenwahl** vom Februar 1993 stehen sich, abgesehen von einigen relativ unbekanntem Einzelkandidaten, folgende Anwärter gegenüber:

G. Vassiliou, bisheriger Präsident, unabhängig, von den Kommunisten AKEL unterstützt

G. Clerides, Präsident der rechtsextremen DISY-Partei. Er hat schon einige Anläufe auf die Präsidentschaft - letztmals 1988 - hinter sich, bisher stets erfolglos.

P. Paschalides, Gemeinschaftskandidat der Parteien DIKO und EDEK, die eine gemeinsame "Front der Kampfkräfte" bildeten. Sie sind der Ansicht, die "Ghali-Ideen" gehörten in den Papierkorb. Paschalides stand dem früheren Präsidenten Erzbischof Makarios nahe.

Der Ausgang der Wahl ist ungewiss.

**Innenpolitisch** wird dem Beitritts-gesuch Zyperns zur EG nach wie vor grosse Bedeutung beigemessen. Die zyprische Währung ist an den ECU gebunden worden und seit 1.7.1992 wird auf allen Waren und Dienstleistungen eine Mehrwertsteuer von 5 % erhoben. Diese Massnahmen sollen symbolisch die Europafähigkeit demonstrieren. Das ungelöste Zypernproblem und die de facto

- 3 -

Teilung der Insel stellen jedoch ein grosses Hindernis für einen EG-Beitritt dar.

Wirtschaftlich kann Zypern auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken. Das wirtschaftliche Wachstum wird auf 7 % geschätzt. In den Sommermonaten hat der Massentourismus neue Rekorde aufgestellt. Die Abwertung der britischen Währung stellt für die hiesige Hotellerie allerdings ein Problem dar, denn die Briten stellten bis anhin den Hauptanteil der Touristen. In der Wirtschaft gibt es praktisch keine Arbeitslosigkeit, in gewissen Branchen sind sogar Gastarbeiter zugezogen worden.

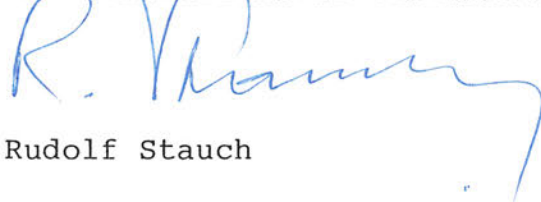
Im Wahlkampf ist Präsident Vassiliou vorgeworfen worden, er hätte während seiner Amtszeit die öffentlichen Schulden verdoppelt und auf 2550 Millionen Pfund anwachsen lassen und zwar hauptsächlich als Folge der Anschaffung von Kriegsmaterial für mehr als eine Milliarde £C (3 Mrd. Franken). Das meiste Material stammt aus Frankreich. Die USA haben kürzlich ein Ausfuhrverbot nach Zypern erlassen.

Ein neues Gesetz für Dienstverweigerer sieht einen Zivildienst vor. Es vermag jedoch Amnesty International nur teilweise zu befriedigen.

Die orthodoxe Kirche hat in ihrem Kampf gegen die zivilen Familiengerichte eine Niederlage erlitten. Das oberste Gericht hält die zivile Trauung und die zivile Scheidung durch Familiengerichte für rechtmässig. In der stark traditionsgebundenen Gesellschaft Zyperns wird dieser Entscheid allerdings keine hohen Wellen werfen.

Im September 1992 hat die "University of Cyprus" ihre Tore geöffnet und damit den Zyprioten erstmals die Möglichkeit gebracht, Hochschulstudien im eigenen Land zu absolvieren. Das Programm bietet hauptsächlich "Greek Studies", an Fremdsprachen Englisch und Französisch.

DER SCHWEIZERISCHE GESCHAFTSTRAEGER A.I.



Rudolf Stauch